

Der Frieden und sein Preis

VON JOSEF JOFFE

Scheibchenweise fällt das mächtige Tabu, mit dem sich die Deutschen ein halbes Jahrhundert lang ganz commod im stillen Winkel eingerichtet hatten. 'Nie wieder Krieg', 'Ohne Frieden ist alles nichts' lauteten die Parolen, die der neue Michel gleichsam als Plakat und Panzer vor sich her trug. Auf jenem Plakat konnte er eine höhere Moral ('Wir haben unsere Lektion gelernt') für sich reklamieren; mit dem Panzer konnte er praktischerweise alle Anmutungen abwehren, den Unbilden der Welt nicht nur mit feinen Worten, sondern auch mit blutheischender Waffengewalt entgegenzutreten.

Vorbei, vorbei. Das höchste Gericht hat ihm im Juli 1994 die selbstgeschmiedeten (und gerne getragenen) Ketten einer Verfassungslesart abgenommen, die angeblich der Bundeswehr den Auslandseinsatz verbat; die Wegmarken heißen Kambodscha und Somalia, AWACS- und Adria- Beteiligung, Tornado-Einsatz und Bosnien-Beschluß. Was die Regierung in dieser Woche entschieden hat - 4000 Deutsche an die Balkan-Front -, wird das Parlament in der nächsten ratifizieren. Der kuschlige Kokon ist zerrissen, der Urlaub von der Geschichte ist aufgebraucht.

Was nun? Wie umgehen mit der Gewalt als Mittel der Politik, das die Deutschen so lange verworfen haben - nicht zuletzt zum eigenen Nutzen und Frommen. Während die anderen - Amerikaner, Engländer, Franzosen - rings um die Welt kämpften, haben die Deutschen ihren eigenen Garten bestellt. Oder sie haben wie im Golfkrieg die weißen Laken aus den Fenstern gehängt, de facto sagend: 'Uns ist egal, was Saddam Hussein macht - ob er Atombomben baut, Kurden vergast oder Ölquellen erobert. Der Frieden ist wichtiger als alles andere.' Das war, im kühlen Licht der Selbstsucht betrachtet, gar nicht so dumm, wußte man doch, daß die anderen den Zünder am Golf schon züchtigen würden. Bezahlt hat man, Milliarden, aber das war besser als bluten.

Und jetzt, fünf Jahre später in Bosnien? Man darf, wenn man will - antwortet das Verfassungsgericht. Man muß, weil man kann - sagt die Regierung. Man soll, weil man muß - fordern die einen Moralisten, wie Joschka Fischer; man darf nie - kontern die anderen, seine Gegner bei den Grünen, die Deutschland gerne in der Rolle des 'internationalen Zivildienstleistenden' festnageln wollen.

Wer hat recht? Die radikalpazifistische Position läßt sich am einfachsten demolieren. Wer nämlich sagt: 'Der Frieden ist das höchste Gut', sagt (wiewohl ungewollt): 'Ich bin bereit, jeden anderen Wert zugunsten des Friedens zu verraten.' Freiheit, Gerechtigkeit, Aggressionsabwehr, Solidarität mit den Schutzlosen, Menschenleben retten - all das mag mich zwar quälen, aber Gewaltlosigkeit bleibt mein höchstes Gebot.

Verbogene Kompaßnadel

Dies ist eine ethisch wie politisch unhaltbare Stellung. Wer die Freiheit grundsätzlich geringer einschätzt als den Frieden, gehorcht einer verbogenen moralischen Kompaßnadel; wer nicht hilft, obwohl er es könnte, handelt

schlicht unsittlich. Politisch töricht ist er obendrein, denn die Wahl des kleineren Übels verbannt selten das größere. Beispiel: Der Westen hat drei Jahre lang in Bosnien auf Gewalt verzichtet - um des lieben Friedens willen. Drei Jahre danach - siehe die 'Säuberung' von Srebrenica - herrschte noch mehr Gewalt und überhaupt kein Frieden. Den haben erst die NATO-Bomber ermöglicht - nach 200 000 Toten.

Die absolute Friedfertigkeit ist eine Scheinmoral, Verpflichtung allenfalls für den einzelnen, der für sich - und für sich allein - lieber den Tod wählen würde als die Gegenwehr. Doch als politischer Maßstab gibt der Pazifismus nichts her. Gilt dann aber die extreme Gegenposition: die absolute 'Interventionspflicht bei Völkermord', wie sie Joschka Fischer als 'unveräußerlichen Kern des Antifaschismus' zu vertreten scheint?

Dies ist eine weitaus ehrbarere Position; überdies entspringt sie dem instinktiven Moralgefühl und historischen Versagen im Jahrhundert von Auschwitz. Bloß: Was moralisch unanfechtbar ist, ergibt nicht automatisch einen Leitfadens für staatliche Handeln. Das Dilemma ist uralt, es wird nie verschwinden. Denn Politik hat nicht nur mit dem Was, sondern viel mehr mit dem Wie zu tun. Den moralischen Zweck zu ehren, ist nur der erste Schritt. Denn danach müssen Präsidenten und Kanzler fragen: 'Habe ich die Mittel? Wie groß ist das Risiko? Wie hoch sind meine Erfolgchancen?' Vor allem: 'Wieviel eigenes Blut darf ich vergießen, um andere zu retten?' - was übrigens auch eine moralische Frage ist.

Schnöde Interessen

Die Antwort beim Völkermord in Pol Pots Kambodscha lautete: 'keinen Tropfen'. Dito in Ruanda. Fast ebenso in Somalia und - drei Jahre lang - in Bosnien. Dies ist im Sinne einer absoluten Interventionspflicht absolut verwerflich. Aber dahinter verbirgt sich doch eine Realität, die nicht bloß 'konservative Realpolitiker' (so Fischer über seine Quälgeister) beachten müssen. Man muß nur intervenieren, wenn man kann. Und man kann nur, wenn Kosten und Erfolgchancen halbwegs austariert sind. Der wahre Realpolitiker muß indes noch hinzufügen: 'Man sollte nur, wenn auch unsere Interessen im Spiel sind.'

Schnöde? Ja. Aber auch realistisch. Eingriff minus Interesse gleich Somalia: 18 amerikanische Tote, dann Abzug. Moral und Interesse, Risiko und Erfolgchance summieren sich zu einem einzigen Wort: Staatsräson. Warum hat der Westen drei Jahre lang nicht ernsthaft interveniert? Es fehlte das Interesse, solange der Krieg nicht über die Grenzen schwappte. Das Risiko - ein endloser Bodenkrieg, womöglich mit russischer Gegenintervention - war zu hoch. Die Erfolgchancen waren zu niedrig: Wie einen Krieg austreten, in dem drei haßgetriebene Völker um Existenzielles kämpften?

Was hat sich jetzt geändert? Vorweg die Wirklichkeit auf dem Schlachtfeld, wo zwei Parteien - Kroaten und Muslime - der dritten, der ursprünglich stärksten, die Grenzen ihrer Macht gezeigt haben. Das NATO-Bombardement mußte dann nur noch als

Verstärker-Effekt in die Schlacht geworfen werden; zudem wurde der Entschluß kräftig durch das schmale Risiko eines Luftangriffs beflügelt; Technik ist eben billiger als Taktik. Schließlich: Gegenseitige Erschöpfung ist noch immer der realistischste Weg zur Waffenruhe. IFOR, die NATO-Truppe, darf nun darauf hoffen, den Frieden bloß bewachen, nicht erkämpfen zu müssen.

Und wo bleibt das Interesse? Hier knirscht es nach wie vor hörbar im Dayton-Gebälk. 4000 Mann wollen die Deutschen, 20 000 die Amerikaner investieren; das zeugt nicht von einem brennenden Anliegen, wenn man diese Zahl mit den 600 000 im Golfkrieg ver-

gleicht. Schlimmer noch: IFOR hat Bosnien bloß auf zwölf Monate gepachtet. 'Eine solche Truppe', so Verteidigungschef Rühe, 'kann wirklich nur eine ganz begrenzte Zeit dort sein, und dann muß der Frieden sich selbst tragen.'

Wenn die Pflicht lauter ruft als das Interesse, muß das Prinzip die Hoffnung sein - der Einsatz (fast) ohne Blut und Tränen. Und wenn beide doch fließen? Wir greifen ein, weil wir sollen, wollen und können. Doch die Frage nach der unverzichtbaren Durchhaltekraft bleibt offen. Wankelmüt ist des Friedensstifters ärgster Feind.